

# Alldoische Umtriebe in der Schweiz.

Dem Soj. PresseDienst wird aus der Schweiz über die auffichereitende Enttillung wegen der Finanzierung und Hiltelstellung der Solentkreuzbewegung geschrieben, dass alle Verlichungsabficht des Bundesrates und der bürgerlichen Rechtspreffe der Schweiz umsonst gewesen seien. In den Dementis gibt der Bundesrat zu, dass ihm die angeführten Tatsachen seit Monaten schon bekannt waren und den Eigenstand zahlreicher Beratungen gebildet hatten. Man erfahrt auch aus dem Dementi, dass in Wahrheit zwei amtliche Untersuchungen stattgefunden hatten, wovon die erste „im Interesse des Landes“ niederschlagen wurde. Man versteht das allgemeine Erstaunen über diese geheimnisvolle Art von amtlicher Untersuchung, wenn man sich erinnert, dass noch ganz kurze Zeit vor den deutschen Veröffentlichungen der Bundesrat erklärte, es sei weder ihm noch der Polizei von einer monarchistischen Verschwörung in der Schweiz etwas bekannt. Dabei natürlich steht die Frage offen, ob ihm auch nichts von einer andern Verschwörung bekannt war.

Das amtliche Dementi in der Hitler-Affäre ist tatsächlich ein mehr als problematisches, da es lediglich sich mit Herrn Oberstleutnant Bircher beschäftigt, der in den deutschen Berichten nur kurz erwähnt wurde und alle übrigen Fragen unbeantwortet ließ. Es heißt aber die ganze Angelegenheit auf den Kopf stellen, wenn man aus einer Angelegenheit der alldoischen Umtriebe in der Schweiz die höchstpersönliche Angelegenheit eines einzigen Offiziers machen will. Gewiß, es wird niemand dem Militärdepartement, das die Untersuchung gegen Bircher leitete und dessen Unschuld attestierte, Parteinahme oder Schlimmeres vorwerfen wollen, aber ebenso hat die Öffentlichkeit weder von den gegen Bircher erhobenen Anklagen Genaueres erfahren, noch hat sie Einsicht in den Gang des Verfahrens nehmen dürfen. Im übrigen ist aber gerade Herr Bircher, abgesehen von dem jehigen Fall, in der ganzen Schweiz wegen seiner allgemeinen Sympathien sehr bekannt, wenn auch nicht beliebt. Man hat noch in guter Erinnerung, dass während des Krieges Bircher als Kommandant in Marzen stand und in der unbändigen Freude seines Herzogs über den vermeintlichen deutschen Sieg an der Marne allen Erstes den Vorschlag machte, die Schweizer Armee solle den Franzosen in den Rücken fallen. Über den praktischen Wert dieser Phantasieereien ist sich kein vernünftiger Mensch in der Schweiz im unklaren geblieben, aber sie kennzeichnen doch deutlich die Geminnung eines hohen Schweizer Offiziers, der — das sei hier eingeschoben — mit seinen alldoischen Ambitionen auch in andern Schweizer Kreisen Zustimmung und Verständnis gefunden hat. Das ist das Beunruhigende für das Schweizer Volk, dem an der absolut unparteilichen Einstellung seiner leitenden Offiziere dem Ausland gegenüber alles gelegen sein muß. Herr Bircher hat, nach seiner eigenen Erklärung, in „wissenschaftlichen“ Beziehungen gestanden, was für ihn vielleicht tatsächlich nichts Verhängliches war. Für die Schweizer Öffentlichkeit aber, die Ludendorff als die Verkörperung der Feindschaft gegen jede Demokratie und des ebenso sterilen wie gefährlichen Militarismus ansieht, sind diese „wissenschaftlichen“ Beziehungen ein recht beunruhigender Beweis dafür, dass die Werbestraft des totgeglaubten deutschen Gewaltprinzips auch in der neutralen Schweiz immer noch mächtig ist.

Über diesen Fall Bircher ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem großen Fragenkreis, die die Veröffentlichungen der deutschen Presse aufgeworfen haben. So a. B. die Geldsammlungen. Eingeweihten Kreisen war es wohl bekannt, dass große Summen jahrelang aus der Schweiz nach Deutschland flossen. Alle philanthropischen Zwecke stehen dabei natürlich jeder Kritik fern. Der Schweiz ist es immer eine selbstverständliche Pflicht gewesen, allen zu helfen, die Not leiden. Aber diese Gebetsfruchtbarkeit ist getrübt worden durch den reinlichen Verdacht, dass Schweizer Geld politischen Zwecken in Deutschland gedient hat und damit in einer Weise verwendet wurde, die den Absichten der Weiber durchaus nicht entspricht. Herr Hitler hat bislang auch mit keinem Worte abgestritten, dass er und seine Freunde im vorigen Jahre beträchtliche Summen von Schweizer Großindustriellen bezogen haben. Er kann es ja auch gar nicht leugnen, denn diese Tatsachen sind zu gut bekannt, um durch eine billige Gegenklärung erledigt werden zu können. Das überhaupt Schweizer Kreise zu Geldgebern für Hitler wurden, ergibt sich aus der politischen Entwicklung der letzten Jahre. Der Generalstreik vor 1918 ist heute noch dem Schweizer Bürger zum als Menetekel einer kommenden sozialen Revolution in Erinnerung, und die Bildung der „vaterländischen“ Verbände jeder Art, die Schaffung der „antihöfischen“ Organisationen, ganz nach dem Muster der berühmten Orghis und des Stahlhelms, war die Antwort der erschreckten Schweizer Bourgeoisie auf diesen ersten proletarischen Lauffuß. Seit jener Zeit datieren auch die Verbindungen mit den deutschen Nationalisten, die ja gleiche Zwecke verfolgten und dadurch auch die Vergabe Schweizer Geldes möglich zu machen verstanden. So haben Herr Hitler und seine Freunde gute Schweizer Franken zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes, nämlich der Arbeiterklasse, erhalten und so erhalten heute noch die Schweizer Nationalverbände, vor allem die latfam bekannte „Kreuzweber“ — große, unkontrollierbare Beträge von Schweizer Industriellen, zu ebenso unkontrollierbaren Zwecken.

Über letzten Endes stehen hinter dieser ganzen Angelegenheit, die durch alle Erklärungen nur immer unklarer wird, noch ganz andere politische Triebkräfte als die mehr oder weniger bedeutungslosen Personen, die man aus durchsichtigen Gründen in der Schweiz in den Vordergrund schiebt. Das ergibt sich aus der einfachen Tatsache, dass der erste Angriff von katholischer Seite ausging. Schließlich aber haben die engen Verbindungen zwischen den katholischen Führern in der Schweiz und den bairischen Klerikalen auch ihre Ursache. Das ist den eingeweihten Kreisen kein Geheimnis — in Bern nicht und auch nicht in München. Ein bairischer Kirchenfürst hat von Anfang an den Verlauf der Sache aufmerksam verfolgt und jede Unterstützung zugesagt, um sie zu einem Abschluss zu bringen, der im Interesse der katholischen Kreise lag. Auch Herr Held in München hat sich selber sehr eifrig und wohlwollend um eine „Lösung“ bemüht, die seinen Gefinnungsfeinden genehm war. Das die katholischen Kreise der Schweiz ihre ganz besonderen Zwecke bei diesem Kampfe verfolgen, ist klar, sie liegen auf derselben Linie einer erfolgreichen katholischen Restauration, wie sie in Bayern gegen Hitler und Ludendorff durchgeführt worden ist. Nicht um einzelne Personen ging es dabei, nicht um ein Eingreifen gegen verwerfliche Umtriebe, die die deutsche Republik bedrohten, handelte es sich — alle diese Dinge waren letzten Endes als indirekter Angriff gegen die evangelischen Kreise gedacht.

Als Sozialisten brauchen wir uns über diese Beweggründe keiner Täuschung hingeben, auch nicht darüber, dass jetzt mit allen

Mitteln versucht werden wird, den eigentlichen Hintergrund dieser Angelegenheit zu verdunkeln. Aber die angeführten Tatsachen bleiben deshalb erst recht bestehen und machen die strengste Wachsamkeit zur Pflicht aller Friedensfreunde in Deutschland und in der Schweiz.

## Interpellation im Nationalrat.

WTB. Bern, 19. Dezember.

In Nationalrat wurde gestern von sozialdemokratischer Seite Auskunft darüber verlangt, ob es zuträffe, dass beim Bundesrat Schweizer Bürger oder Organisationen von Schweizer Bürgern Beschuldigt wurden, mit der Hitler-Garde in Verbindung zu stehen und ihre Organisationen unterstützt zu haben, ferner ob es zuträffe, dass eine Untersuchung angeordnet worden sei und dass die Untersuchung ergeben habe, Hitler sei im Herbst 1923 in Zürich gewesen. Die deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei habe vaterländischen Vereinnungen und der Grenzwehr in der Schweiz Vorschläge betreffend gegenseitige Informationen und Förderung unterbreitet.

Der Vertreter des Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrat Häberlin, führte in seiner Antwort u. a. aus: Die Anzeige, die im Monat August eingereicht wurde, habe von verschiedenen Aussagen über den Besuch Hitlers in der Schweiz zur Erreichung von Geldspenden für die Hitler-Bewegung usw. berichtet. Von Vorschlägen der deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist nicht die Rede. Die Bundesanwaltschaft prüft die Frage, ob, falls die behauptete Tatsache wahr wäre, ein Schuldspruch herbeigeführt werden könne und falls zu einem negativen Ergebnis. Die Stellungnahme des Oberstleutnants Bircher forderte eine disziplinarische Untersuchung, die jedoch ergab, dass Bircher Hitler nicht empfangen und ihm kein Geld gegeben hat. Den Sekretär Hitlers hat er nach dem Pulsch empfangen und abfahren lassen. Auch die beiden andern in der Anklage genannten Herren stellen in Abrede, Geld gespendet zu haben. Der Interpellant erklärte sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Antwort der Schweizer Regierung läßt die Fragen offen, ob Ludendorff in München den Besuch eines hohen Schweizer Offiziers empfangen, ob Ludendorff diesen Besuch in der Schweiz erwidert hat und ob bei dieser Gelegenheit der Hitler-Pulsch besprochen wurde. Auch die Frage der Schweizer Geldspenden für die Hitler-Bewegung ist durch die Antwort nicht geklärt worden.

## Die kommunistische Kapitulation vor dem Privathandel.

Dem Ost-Expreß wird aus Moskau gemeldet:

Es sind zwei wichtige Ernennungen im Rat der Volkswirtschaftskommission erfolgt, denen vielleicht symptomatische Bedeutung zukommt. Der bisherige Volkswirtschaftskommissar für den Innenhandel Leshawa ist zum Stellvertreter des Vorsitzenden im Rate der Volkswirtschaftskommission und Scheinmann, der ehemalige Direktor der Staatsbank, zum Innenhandelskommissar ernannt worden. Leshawa war früher Vorsitzender des Zentralrates, Stellvertreter des Außenhandelskommissars und Vorsitzender der Binnenhandelskommission, nach deren in diesem Jahr erfolgter Umwandlung in ein selbständiges Kommissariat er an die Spitze desselben gestellt wurde. Nachdem in letzter Zeit durch die Stellungnahme zum Privathandel die Lage der Warenversorgung eine sehr kritische Wendung genommen hat, hat Leshawa, wie auch Ankom, den Standpunkt eingenommen, dass dem Privathandel freieres Spielraum gewährt werden soll, ohne bereits allzu weitgehende Schlüsse aus der Verbesserung Leshawas zu ziehen, wird man es doch als bezeichnend ansehen dürfen, wenn angesichts der neuen Verhärtung der gesamten Wirtschaftskrise neben dem Wirtschaftler Rykow noch ein Vertreter des Wirtschaftslebens den nächst höchsten Posten in der Regierung des Sowjetbundes einnehmen soll. Auch Scheinmann kann als einer der mehr wirtschaftlich orientierten Mitglieder der kommunistischen Partei Russlands angesehen werden.

Soweit der Ost-Expreß. Die neuen Ernennungen bestätigen in der Tat, dass die Sowjetregierung den Bankrott des letzterigen „Linksflügel“ in der Wirtschaftspolitik nicht mehr anerkennen. Nachdem der letzte Parteitag der KPR im Frühjahr den Kampf gegen den Privathandel hat mit Hilfe der Genossenschaften führen wollen, war es schon mehr als eine Niederlage, dass man das Eindringen des Privathandels in den genossenschaftlichen Handel konstatieren mußte. Was Genosse Jugow vor zwei Monaten in der Leipziger Volkszeitung aufzeigte, die Beherrschung des genossenschaftlichen Umlages durch die privaten Händler, wird seit einiger Zeit in offiziellen Auslassungen zugegeben. Zugleich wird die Unfähigkeit des bürokratischen Genossenschaftsapparates eingesehen, aus Eigenem zur Kapitalbildung im Inneren beizutragen. Während der Staat sich jetzt gezwungen sieht, den Genossenschaften die Kredite zu sperren, spricht man von der Notwendigkeit, dem Privathandel größere Freiheiten zu gewähren. Die Ernennung des Wirtschaftlers Leshawa und des Finanziers Scheinmann, dessen privatkapitalistische Äußerungen berechtigtes Aufsehen erregt haben, zeigt, dass die kommunistische Partei vor diesen Notwendigkeiten kapituliert. Als Ersatz und aus fiskalischen Gründen wird die staatliche Bewirtschaftung des — Branntweinmonopols inoffiziell ausgedehnt, als jetzt durch eine neue Verordnung die Herstellung von Likören und Schnäpsen mit einem Alkoholgehalt bis zu 30 Prozent gestattet wird, während der bisher zulässige Alkoholgehalt 20 Proz. nicht überschreiten durfte.

## Verbot einer kommunistischen Zeitung.

SPD. Magdeburg, 19. Dezember.

Die in Halle erscheinende kommunistische Zeitung Der Klassenkampf brachte am 17. Dezember ein Bild, in welchem in Form eines Janustopfes der Reichspräsident und Haarmann zusammen als das „Doppelgesicht der Republik“ dargestellt wurden. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wurde deshalb das Blatt auf die Dauer von vier Wochen verboten.

## Verurteilung eines kommunistischen Redakteurs.

II. Leipzig, 19. Dezember.

Vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik fand heute gegen den Schriftleiter der kommunistischen Bergischen Volksstimme Ernst Zulauf aus Remscheid die Verhandlung statt. Zufall wurde wegen Hochverrats und Vergehen im Verbrechen gegen § 7 Abs. 4 des Republiksschutzgesetzes zu fünf Monaten Gefängnis und fünfjährig Marx Geldstrafe verurteilt. Die Untersuchungsakten wurden mit einem Monat auf die Freilicht- und Geldstrafe angeordnet.

## Zum Beginn der russisch-französischen Verhandlungen.

WTB. Paris, 20. Dezember. (Radio.)

Nach dem Matin haben die ersten Besprechungen, die zwischen Krassin und Senator Monzie stattgefunden haben, keinen befriedigenden Verlauf genommen. Während dieser Verhandlungen habe man die Gründung eines Konsortiums zugunsten der Inhaber russischer Staatspapiere ins Auge gefaßt. Die Inhaber hätten Bürgschaften gefordert. Die Sowjetregierung habe jedoch keinerlei Einigenkommen gezeigt. Krassin gehöre der gemäßigten Richtung in Moskau an. Er werde also vermutlich nicht die nötige Autorität besitzen, um Einfluß bei der Regelung der Schuldenfrage zu gewinnen. Andererseits, so schreibt Matin, stellt die französische Regierung neben diesen materiellen Fragen fest, daß die Sowjetpropaganda nicht nur in Frankreich, sondern auch in den Kolonien zugenommen habe. Darüber habe man Krassin Bemerkungen gemacht. Das Personal der Volkshilfe sei aus aktiven Kommunisten zusammengefaßt und nicht aus Berufsdiplomaten. Alles in allem könne man in den nächsten Wochen fruchtbringende Verhandlungen zwischen Paris und Moskau nicht erwarten.

## Gilberts Verhandlungen über die Reparationsabgabe.

SPD. Paris, 19. Dezember.

Der Agent für die Reparationszahlungen Gilbert, der zu Besprechungen der Reparationskommission sich mehrere Tage in Paris aufgehalten hat, reist am Freitagabend nach Berlin zurück. Die Besprechungen Gilberts haben in der Hauptsache der Frage der Verrechnung der von England und Frankreich aus der Erhebung der Recovery-Abgabe erzielten Einnahme gegolten. Eine Entscheidung ist darüber nicht gefallen, da die Frage der Zuständigkeit der alliierten Regierungen selbst unterliegt. Sie wird voraussichtlich auf die Tagesordnung der am 6. Januar beginnenden interalliierten Finanzkonferenz gestellt werden.

Das Berliner Bureau der Generalagenten für die Reparationszahlungen veröffentlicht folgendes Kommuniqué:

Das Transferkomitee hielt am 18. Dezember in Paris eine ordentliche Monatsitzung ab. Das Komitee beschäftigte sich mit verschiedenen laufenden Angelegenheiten und hat weitere Maßnahmen zur Verwirklichung seiner Organisation ergriffen. Es wurde fernerhin die Frage des Reparationsrecovery Act erörtert und in dieser Angelegenheit ein durchaus zufriedenstellender Fortschritt erzielt.

## Neue Note der Reichsregierung an den Völkerbund.

SPD. Berlin, 19. Dezember. (Radio.)

Halbamlich wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung einen weiteren Schritt in der Völkerbundangelegenheit bei den alliierten Mächten unternommen hat. Sie erjudt in einem Memorandum, das der Regierung der alliierten Staaten übermittleit wurde, um Kenntnisgabe und deren Auffassung über die Beteiligung Deutschlands im Falle kriegerischer Zwangsmassnahmen des Völkerbunds. In der Beantwortung des ersten deutschen Memorandums sind die alliierten Regierungen auf diesen Punkt noch nicht so eingegangen, wie es die Reichsregierung als erwünscht betrachtet hat.

## Neuer Aufrüst in Albanien.

In Albanien ist wieder einmal ein Aufrüst ausgebrochen. Nach den vorliegenden Meldungen sind an dem Aufstand, der rasch um sich greift, auch die kastolischen Bezirke der Mirditen und Mallakand beteiligt. Die Regierung in Tirana hat den Belagerungszustand verhängt. Nach einer Belagerung Tiranas durch die Aufstandsbewegung siegreich fortgeschritten. Wie verlautet, seien der Finanzminister und der Ministerpräsident aus Tirana, dessen Kapitulation als unmittelbar bevorstehend angesehen werde, geflüchtet.

Nach Meldungen aus Rom hat die albanische Regierung gestern die Generalmobilisierung angeordnet.

Die britische Regierung verfolgt die inneren Kämpfe in Albanien mit größter Aufmerksamkeit, weil sich daraus ein neues Balkanproblem und neue internationale Schwierigkeiten ergeben können. Der Aufrüst wird von dem früheren albanischen Staatsoberhaupt Khamd geleitet, der von Serbien aus ins Land eingebrochen ist. Es besteht kein Zweifel, daß die Aufständischen von der serbischen Regierung mit Geld und Waffen unterstützt worden sind. Der erste Angriff ist auf serbischem Boden organisiert worden. In englischen Regierungskreisen erblickt man in diesem Aufrüst den Versuch Serbiens, sich in den Besitz Albanien und seiner guten Häfen zu setzen. Dadurch müßten schwere Komplikationen und unvorjöhliche Gegenfäße zwischen Italien und Serbien entstehen.

## Italien schickt Kriegsschiffe.

SPD. Rom, 18. Dezember.

Da die italienische Regierung überzeugt ist, daß der Aufrüst in Albanien von Serbien gefördert wird, hat sie zur Wahrung ihrer Interessen zwei Kriegsschiffe an die albanische Küste geschickt.

## Aus der Partei.

### Internationale Information.

Die „Internationale Information“, die das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale für Pressewende wöchentlich herausgibt, kann auch von Einzelabnehmern bezogen werden. Wenn die Verwendung für die Presse ausgeschlossen ist, beträgt der Preis des englischen Schillinge oder 1/2 Goldmark vierteljährlich. Werden mehrere Exemplare unter gleicher Adresse bezogen, so reduziert sich der Preis für die weiteren Exemplare auf die Hälfte. Der Abonnementspreis ist an das Sekretariat der S. A. I., 4 Great Smith Street, London SW. 1 oder an das Bankkonto der Labour and Socialist International bei der Westminster Bank Ltd. (17, Victoria Street, London SW. 1) oder in Deutschland an das Postcheckkonto Nr. 98893 (Kontob. Ludwig, Internationale Information, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3) einzusahlen.

### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Albert Fichte in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Hugo Seppand in Leipzig.

Druck u. Verlag, Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 24 Seiten.

**Orthopädische Spezial-Abteilung mit eigenem Arzt.**

Kostenlose Fußuntersuchung und Beratung, vorm. 11-1, nachm. 1/25-1/27 in meinem Geschäft Grimmaische Straße 16.

**Alleinverkauf der Dr.-Diehl-Stiefel**  
Spezial-Stiefel für Ballenläufe, Plattfüße und geschwollene Füße



**Fuchs-Eislauf-Stiefel**  
**Fuchs-Ski-Stiefel**

Dreifache Sohlen, Lederfutter, dreifach im Gelenk geteilt.

Gummi-Über-Stiefel



**Mordheimer sagt:**

Sport stählt Körper und Geist.

Ich bringe das beste Sport-Schuhwerk das es gibt.

Der Verkauf erfolgt zu jeweils niedrigstem Preis.

